

Björn Steiger Stiftung - Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft - Deutsche Gesellschaft für Rettungswissenschaften - Deutscher Berufsverband

Rettungsdienst - Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes

Pressemitteilung vom 24. Mai 2023

## Bündnis pro Rettungsdienst warnt vor Trennung der Reformen

Die Auswirkungen der Krankenhausstrukturreform auf den Rettungsdienst sind bislang nicht berücksichtigt worden, dies kann zur weiteren Überlastung des Systems führen. Daher fordert das Bündnis Pro Rettungsdienst, die notwendigen Reformen aufeinander abgestimmt anzugehen und die gegenseitigen Auswirkungen zu betrachten. Die Krankenhausstrukturreform muss wie geplant mit der Reform der Notfallversorgung einhergehen. Die Bundesländer haben sich jedoch auf der Amtschefkonferenz dagegen ausgesprochen, die Krankenhausstrukturreform und die Reform der Notfallversorgung zusammen zu bearbeiten.

Die geplante Krankenhausstrukturreform sieht auf Grundlage des Vorschlags der Regierungskommission vor, Krankenhäuser in verschiedene Leistungsgruppen und Versorgungsstufen einzuteilen. Dies würde bedeuten, dass etliche Krankenhäuser bestimmte Leistungen nicht mehr anbieten können. Für die Patientinnen und Patienten heißt dies, dass sie je nach Erkrankung nicht mehr jedes Krankenhaus in Anspruch nehmen können, dafür aber in das fachlich besser geeignete kommen.

#### Längere Fahrtzeiten führen zu höherem Bedarf an Rettungsmitteln

Dazu Frank Flake, 2. Vorsitzender des Deutschen Berufsverbands Rettungsdienst:

"Die Krankenhausreform würde ohne gleichzeitige Reform der Notfallversorgung die Lage im Rettungsdienst verschärfen." Für den Rettungsdienst würde dies bedeuten, dass längere Fahrtzeiten, bzw. Abwesenheitszeiten anfallen können. Somit stünden dem Rettungsdienst auch bei gleichbleibender Auslastung weniger Rettungsmittel zur Verfügung. Allerdings steigt die Anzahl der Einsätze seit Jahren kontinuierlich an, in manchen Bereichen um bis zu 20 Prozent. Dies bedeutet, dass mehr Rettungsmittel angeschafft und vor allem besetzt werden müssen, um die gesetzlich vorgeschriebene Hilfsfrist (je nach Bundesland von 8 bis 15 Minuten) sicherstellen zu können.

#### Mehr Fahrzeuge und mehr Personal ist nicht die Lösung

Seit Jahren wird dem steigenden Einsatzaufkommen mit mehr Rettungsmitteln und Einsatzpersonal begegnet. Ein Großteil der Einsätze ist kein Notfalleinsatz. Der Rettungsdienst und die Notaufnahmen werden hierdurch unnötig belastet. Fachpersonal ist wie in anderen Berufen knapp und Mitarbeiter im Rettungsdienst verlassen aufgrund der Arbeitsbelastung den Beruf schon nach wenigen Jahren.

#### Alle an der Notfallversorgung Beteiligten müssen mit eingebunden werden

Viele Rettungseinsätze und viele Behandlungen in den Notaufnahmen sind nicht zeitkritisch. Daher müssen zielgerichtete Hilfsangebote geschaffen werden und alle an der Notfallversorgung Beteiligten müssen vernetzt werden, um die Patienten bestmöglich zu beraten und in die richtige Behandlungseinrichtung zu steuern.

Das Bündnis pro Rettungsdienst fordert daher unter anderem, gemeinsame Leitstellen für die Notrufnummern 112 und 116117 mit abgestimmten standardisierten und strukturierten Notrufabfragen, Telefonreanimation und Gesundheitsberatung verpflichtend einzurichten.

Das Bündnis Pro Rettungsdienst fordert, bei den notwendigen Reformen alle Akteure der ambulanten, stationären und rettungsdienstlichen Notfallversorgung in Deutschland zu beteiligen.

# Mitglieder im BÜNDNIS PRO RETTUNGSDIENST

(in alphabetischer Reihenfolge)

- Björn Steiger Stiftung
- Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands
- Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
- Deutsche Gesellschaft für Rettungswissenschaften
- Deutscher Berufsverband Rettungsdienst
- Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes

### Pressekontakt

Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes Pressestelle: Torsten Böhmer, torsten.boehmer@caritas.de, mobil: 01516 5851 511